

Beiträge zum Selbstverständnis der Politikwissenschaft

Ulrike Quadbeck: *Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft*, Nomos Verlag, Baden-Baden 2008, 436 Seiten, 69,00 Euro.

Stephan Schlak: *Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik*, Verlag C. H. Beck, München 2008, 279 Seiten, 19,90 Euro.

In seiner *Geschichte der Politikwissenschaft* hat Wilhelm Bleek 2001 die lange Geschichte der deutschen Politikwissenschaft, ihre Fragestellungen, Methoden und verschiedenen Wissenschaftsverständnisse dargelegt. Es ist, wie Kurt Sontheimer mit Recht zusammenfasste, das Standardwerk zur Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. Allerdings: So etwas wie ein eindeutiges Fazit; eine klare Antwort auf die Frage, wo die Politikwissenschaft in Deutschland

heute steht und welches Selbstverständnis sie pflegt, konnte und wollte auch Bleek nicht geben. Zu unterschiedlich die vorherrschenden Ansätze und „Schulen“, zu unterschiedlich die Methodenausbildung und Curricula an deutschen Universitäten. Es ist ein höchst vielschichtiges, nicht auf einen Nenner zu bringendes Bild, das die Politikwissenschaft in Deutschland zeichnet. Die Selbstfindung des Faches, so Bleek, sei nicht abgeschlossen.

Selbstfindung der Politikwissenschaften

Einen verdienstvollen Beitrag zu dieser Selbstfindung und Selbstvergewisserung legen Ulrike Quadbeck und Stephan Schlak mit ihren Promotionschriften vor. Nur auf den ersten Blick handelt es sich dabei um die Biografien zweier großer Politikwissenschaftler und Gelehrter. Die Ansprüche von Quadbeck wie Schlak gehen darüber hinaus. Biografien über Bracher und Hennis müssen zwingend auch Biografien der

Wissenschaftsgeschichte und des -selbstverständnisses sein. Und beide Werke haben hierin ihren außerordentlichen Wert: Sie legen frei, was Politikwissenschaft jenseits heute häufig vorherrschender Methodenfixierung und Szientismus sein kann.

Weimarer Erfahrung

Die Motivation Brachers, Jahrgang 1922, und Hennis', Jahrgang 1923, so wird bei der Lektüre Quadbecks und Schlaks abermals deutlich, liegt in der Weimarer Erfahrung. Wie konnte es zum Scheitern der Weimarer Republik kommen, und welche Lehren sind zu ziehen?, so die entscheidende, ihre Forschung in inhaltlicher und in der Konsequenz auch methodischer Hinsicht leitende Frage. In Abgrenzung zur Generationenkohorte der Neunundzwanziger eines Jürgen Habermas, Ralf Dahrendorf oder Hans Magnus Enzensberger, die die nationalsozialistische Diktatur erlebt hatten, führt Schlak aus: „Ganz andere Erfahrungen hat-

ten da diejenigen, die wie Reinhart Koselleck, Karl Dietrich Bracher oder eben Wilhelm Hennis das zweifelhafte Privileg der frühen Geburt in den Zwanzigern genossen haben. Für diese Frühgeborenen war der Untergang Weimars, das Scheitern der ersten Demokratie, das dramatische Kindheitserlebnis. Dass Bonn wieder Weimar werde, dass auch die Bundesrepublik an fehlender ‚seelischer Identifikation‘ Schaden nehmen könnte – das vor allem war ihre nie zur Ruhe kommende Sorge.“

Für diesen Anspruch – Wissenschaft in Sorge um den Staat zu treiben – steht kein Werk so wie Brachers Habilitationsschrift *Die Auflösung der Weimarer Republik*. „Wenn es das Schicksal gut mit einem meint, ist man vielleicht einmal im Leben beim Erscheinen eines solchen Werkes dabei“, so Golo Mann zu Brachers Studie. Es ist bis heute das Standardwerk der Weimar-Forschung.

Interdisziplinäre Methodik

Mit Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* ist die Frage nach Methodik und Wissenschaftsverständnis unmittelbar verknüpft. Mit Verweis auf Brachers Jahre am Institut für politische Wissenschaft in Berlin und der Deutschen

Hochschule für Politik, dem späteren Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, zeichnet Quadbeck „Ernst Fraenkels Erbe“ ebenso nach wie das Wissenschaftsverständnis Friedrich Christoph Dahlmanns, als dessen Nachfolger sich Bracher in Bonn verstehen konnte. Dahlmann wie Fraenkel, bei dem sich Bracher habilitierte, verstanden ihre Wissenschaft als Integrationswissenschaft. Empirisch-deskriptive und normative Methoden wurden nicht als Gegensätze aufgefasst, und auch Bracher erläuterte, Politikwissenschaftler müssten sich in der Nähe mehrerer Nachbardisziplinen befinden: der Philosophie, der Geschichte, der Rechtswissenschaft oder der Ökonomie. Die verschiedenen Richtungen sollten unter einer Fragestellung zusammengeführt werden, um so verschiedene Kontexte hinsichtlich der Fragestellung erfassen und einbeziehen zu können. In der Konsequenz dieser „interdisziplinären Grundhaltung“ liegt es, sich nicht auf bestimmte Methoden zu fixieren. Quadbeck: „Es sei nicht erforderlich, um jeden Preis eine eigene Methode zu entwickeln; vielmehr gehe es darum, mit den Methoden der Nachbardisziplinen die verschiedenen Aspekte des

Politischen sachgerecht zu untersuchen. Die eigene Fragestellung der Politikwissenschaft sei hierfür allerdings die *conditio sine qua non*.“ Der strukturgeschichtliche Ansatz Brachers mit dem Augenmerk auf „Verhältnisse“, „Zustände“, Entwicklungen und Prozesse sollte die Gesamtzusammenhänge offenlegen. Die Methode der Verbindung von prozessualer Beschreibung und struktureller Analyse, der Anspruch, aus Geschichte und Erfahrung für die Gegenwart zu lernen, war neu und fand ihren Widerspruch, kenntlich etwa in der Bracher-Conze-Kontroverse. Ulrike Quadbeck nutzt sie, um Brachers methodische Herangehensweise deutlich zu machen: die Strukturen kenntlich zu machen, um so nach den Gründen einer Entwicklung zu fragen und diese beurteilen zu können.

„Erfahrung und Methode“

Anders als Bracher macht Hennis nicht Strukturen oder allgemeine soziale Entwicklungen, sondern primär Personen „praktisch“ für politische Prozesse verantwortlich. „Erfahrung und Methode“, auf dieses Begriffspaar bringt Schlak Hennis’ Wissenschaftsverständnis. Hennis wendet sich wie Bracher gegen eine Domi-

nanz der einen oder anderen Methode, gegen eine wissenschaftlich-theoretisierende Sichtweise, die ihre Adressaten nur in der *scientific community* findet. Beider Horizont war weiter, sie wendeten sich an eine breite Öffentlichkeit und vermieden es, wie Schlak schreibt, sich „die Probleme des Tages theoretisch auf Distanz [zu] rücken“.

Hennis' Credo: „Gegenüber der Faszination der normativen Kraft des Faktischen ist es Sache der Wissenschaft, an die normative Kraft des Normativen zu erinnern.“

Polemik und Kritik

Hennis wendet sich gegen die „Herrschaft der Methoden“ und nimmt sich einer Vielzahl verschiedenster Themen an, die allzu oft nicht in eine klar durchstrukturierte Monografie münden. Es sind Aufsätze und Essays, die Hennis' Œuvre ausmachen. „Man muss Hennis' unsystematischen Zug programmatisch lesen“, so Schlak. „Seine Vorliebe für die kleine Form entspricht einer praktischen Wissenschaft, die von Problemen und aus der ‚Fraglichkeit der Situation‘ (Siegfried Landshut) her denkt. Immer hat Hennis auf Situationen reagiert.“ Allzu oft sind es die Polemik und die Kritik, die diese Reaktionen kenn-

zeichnen. Hennis' wortgewaltige Kritiken hatten und haben bis in die Gegenwart etliche Ziele. Er kritisiert den Stellenwert der Meinungsforschung („Das anonyme Sample kann niemals Repräsentant der öffentlichen Meinung sein“), die dialektische Theorie hält er für „Humbug“, mit der Einführung eines Mehrheitswahlrechts verband er, die SPD zur Regierungsfähigkeit treiben zu können. Fordert Hennis vor 1968 noch innenpolitische Reformen, steht er dem rhetorischen Reformeifer der Siebzigerjahre kritisch gegenüber. 1969 wendet er sich brieflich an Helmut Schmidt, um vor zu viel Experimentierlust der neuen Regierung zu warnen. Bezüglich Hennis' unnachgiebiger Kritik an Helmut Kohl schreibt Schlak: „Hennis holte den Kanzler aus Bismarcks Geschichtsmantel, spreizte dabei aber wenig bescheiden Max Webers große Flügel.“ Wenn Warnung und Kritik in Polemik umschlagen, kommt es zu Einschätzungen wie jener, die Hennis auf die heute Verantwortung übernehmenenden Politiker bezog: „Diese ganze Generation ist doch eine Fehlbesetzung.“

Relikt der Bonner Republik?

Der Laute und der Leise, Hennis und Bracher, ha-

ben ihre inhaltliche Gemeinsamkeit in der Unerbittlichkeit, mit der sie auf die Weimarer Erfahrung hinweisen. Hennis zog aus den späten Sechzigerjahren eine „dunkle Schattenlinie nach Weimar“ und fragte (in Reaktion auf einen *Spiegel*-Artikel Karl Dietrich Brachers): „Muss Bonn doch Weimar werden?“ Hennis, der als „Begriffshüter“ „in den ideologisch aufgeputschten Jahren um 1968 Wache an der Begriffsfront hält“, zieht vor allem gegen eine Ideologisierung von Begriffen zu Felde. In der Auseinandersetzung mit der „neuen Linken“ und dem inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs als politischen Kampfbegriffs bezog auch Bracher eindeutig Stellung: „Die Verdrängung der antikommunistischen Diktatur durch antifaschistische Argumentation, die Ausdehnung des Faschismusverdachts mit ökonomischen und theoretischen Begründungen auf alle nicht sozialistischen Gesellschaften und die Deklaration der Unvergleichbarkeit der Links- mit Rechtsdiktaturen widersprachen zu tiefst Brachers Grundannahme, zunächst Demokratien von Diktaturen zu unterscheiden sowie rechte und linke Ideologien gegeneinander auszuspielen“, so Quadbeck.

Ihr Insistieren auf Weimar wurde vor allem in den Sechziger- und Siebzigerjahren als Rückständigkeit ausgelegt und wirkt auf viele Publizisten heute wie ein Relikt der Bonner Republik. Wer sich auf das Scheitern von Weimar fixiere, lege zu rigide Maßstäbe an die Entwicklung der zweiten deutschen Demokratie an; neige zu übereilten Urteilen, Mahnungen und Warnungen. Bracher wie Hennis sahen sich derartiger Kritik ausgesetzt. Für beide – wie viele andere Gründerväter und dominierende Persönlichkeiten der Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg – war Politikwissenschaft verbunden mit der Entscheidung für die freiheitliche, wehrhafte Demokratie. Ziel ihrer Arbeit: mögliche Angriffspunkte und Gefährdungspotenziale der Demokratie zu analysieren, um so Lehren für den Aufbau einer stabilen Demokratie zu ziehen. „Diese Chance durfte nicht leichtfertig verspielt werden“, so Quadbeck. Lebenswege und Wissenschaft sind bei Bracher und Hennis untrennbar verwoben.

Selbstverständigung der Politikwissenschaft

Stephan Schlak begegnet Hennis in seiner stilistisch

glänzenden Biografie mit Respekt und Achtung, scheut aber weder die Kritik am Polemiker Hennis noch Stellungen zum aktuellen Stand des Faches. Deutlich wird dies etwa, wenn er sein Forschungsprogramm aufzeigt: „Mit seinem Festhalten am ‚Geist‘ der alten praktischen Wissenschaft wurde Hennis in den soziologischen Sechzigerjahren zu einer ‚hoffnungslos altmodischen‘ Figur. Heute, nach all den Theorieexperimenten, die ihre Versprechen so oft unerfüllt ließen, verströmen seine einfachen praktischen Wahrheiten wieder unverkennbar neuen Reiz. Dieses Buch über einen leidenschaftlich engagierten, streitbaren öffentlichen Intellektuellen der alten Bundesrepublik versteht sich auch als Beitrag zu einer notwendigen Selbstverständigungsdebatte der Politikwissenschaft, die sich durch die Verabsolutierung der Methode und ihrer einseitigen theoretischen Orientierung immer mehr ins öffentliche Abseits manövriert hat.“

Wie ist es um diese von Schlak angemahnte Selbstverständigungsdebatte heute bestellt? Auch der Politikwissenschaft wurde in den vergangenen Jah-

ren die Nützlichkeitsfrage gestellt. Was gibt die Wissenschaft der Gesellschaft zurück? Treibt sie eine für die Gesellschaft nützliche Forschung? Anders als in den Gründungsjahren der Bundesrepublik und den Jahren der Bewährung wird diese Frage in der Politikwissenschaft heute selten mit dem Hinweis auf die „Demokratiewissenschaft“ (Hans-Peter Schwarz) beantwortet. Die Qualität von Forschung und Lehre bemisst sich vor allem an Theorie und Methodik, an Objektivität. Da wirkt eine Wissenschaft, die über Theorie und Methode „praktisch“ hinausgeht, ihren Kern in erster Linie im Werben für die Demokratie und der Analyse möglicher Gefährdungen sieht, matt. Biografien zweier Politikwissenschaftler, die sich immer auch als „Lehrer der Demokratie“ und Demokratiewissenschaftler begriffen haben, erscheinen beinahe wie die Historisierung dieses Wissenschaftsverständnisses. Schlak und Quadbeck sensibilisieren mit ihren Arbeiten dagegen für die Gründungsimpulse der deutschen Politikwissenschaft. Zeitlose Gründungsimpulse, wie man anfügen möchte.